

Liebe Leserin,
lieber Leser

Sie halten die erste Ausgabe der "Leipziger Zustände - News" des Projekts chronik.LE in den Händen. Seit 2008 dokumentieren wir faschistische, rassistische und diskriminierende Vorfälle in Leipzig und den umliegenden Landkreisen. Auf der Internetseite www.chronikLE.org ist diese Dokumentation für jeden und jede zugänglich. Zusätzlich bemühen wir uns um Analysen und Einschätzungen über die organisierte, sehr aktive Neonazi-Szene im Großraum Leipzig.

Mit diesem kurzen, gedruckten Dossier knüpfen wir an die im Mai 2009 erschienene Broschüre "Leipziger Zustände" an. Die "News" sollen zukünftig in kürzeren Abständen auf verschiedene Formen von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hinweisen. In dieser Ausgabe werfen wir einen Blick auf die Aktivitäten der organisierten Naziszene in Nordsachsen und berichten über den Versuch der NPD, im Leipziger Stadtrat Fuß zu fassen. Weitere Themen: Institutionelle Diskriminierung, mögliche Gegenstrategien und die neue Online-Rubrik "Neulich in Leipzig", mit der wir alltägliche Diskriminierung stärker sichtbar machen wollen.

Wir wünschen eine interessante Lektüre und freuen uns über Kritik und Anmerkungen.

Redaktion chronik.LE

Kontakt:

chronik.LE

c/o Engagierte Wissenschaft e.V.
Kochstr. 132 / 04277 Leipzig

chronikLE@engagiertewissenschaft.de
www.chronikLE.org

Neonazis im Leipziger Stadtrat

Gegen „alliierte Siegerjustiz“ und ein „New York an der Pleiße“

Seit rund einem halben Jahr ist die NPD nun mit zwei Abgeordneten in der Ratsversammlung der Stadt Leipzig vertreten. Zwar verfehlte die Partei mit einem Wahlergebnis von 2,9 Prozent den Fraktionsstatus. Aber immerhin gelang ihr bereits beim allerersten Anlauf der Einzug in den Stadtrat. In einigen Ortsteilen kam die NPD auch deutlich über fünf Prozent der Stimmen.

Zur Stadtratswahl hatte die NPD insgesamt 23 Kandidat_innen (darunter lediglich zwei Frauen) aufgeboden.

Dazu gehörten bekannte Neonazis wie der Landtagsabgeordnete Winfried Petzold, der Kreisvorsitzende Helmut Herrmann und jüngere Parteimitglieder wie der JN-Landesvorsitzende Tommy Naumann oder Istvan Repaczki, zuvor Führungskader der offen neonazistisch auftretenden „Freien Kräfte Leipzig“ (FKL). Auch Neonazis aus der Fußballfan- und Hooliganszene wie Nils Larisch und Enrico Böhm wollten ins Parlament.

■ Fraktionslose NPD-Abgeordnete stellen Fragen

Den Einzug ins Parlament schafften jedoch Klaus Ufer und Rudi Gerhard. Der 70-jährige Sanitärinstallateur und der 59-jährige Lokführer waren bis dahin noch nicht öffentlich in Erscheinung getreten. Ufer gehört der NPD nach eigenen Angaben seit 2003 an und ist seit 2006 Beisitzer im Kreisvorstand der Partei. Gerhard ist seit Anfang 2009 Parteimitglied und gehört dem Vorstand des NPD-nahen „Kulturverein Leipzig-West e.V.“ an.

Seit der konstituierenden Sitzung am 11. November, bei der sie durch ihren Einspruch die einvernehmliche Besetzung der Fachausschüsse verhinderten und dadurch die Aufnahme der parlamentarischen Arbeit weiter verzögerten, ist von den NPD-Abgeordneten aber nicht viel zu hören. Ohne Unterstützung anderer Parlamentarier_innen können die beiden Fraktionslosen keine eigenen Initiativen starten. So erreichte beispielsweise ihr Antrag zur „Einebnung der Gräber im sogenannten ‚Ehrenhain der Opfer des Faschismus auf dem Südfriedhof‘“ nicht die erforderliche Stimmenanzahl, um behandelt zu werden. Die NPD-Räte interessieren sich unter anderem für die „Kosten der Jüdischen Woche“, die „Beratung und Betreuung von Asylbewerbern und/oder ‚Migranten‘“, den „Bau einer Pagode des Vietnamesischen buddhistischen Gemeinde Leipzig e.V.“, die „Zusammenarbeit von Mitarbeitern der Stadtverwaltung



Leipziger NPD-Stadträte Gerhard und Ufer

mit Linksextremisten“ und die „Kosten der Sicherung des ÖPNV im Gebiet um das Connewitzer Kreuz im Zeitraum vom 30.12.2009 bis zum 01.01.2010“.

■ Neonazi-Anwältin will Finanzbürgermeisterin werden

Bei der mehrfach angesetzten Wahl einer/s neuen Finanzbürgermeister_in wollten Gerhard und Ufer die bundesweit aktive Szeneanwältin Gisa Pahl („Deutsches Rechtsbüro“) ins Rennen schicken. Deren Kandidatur wurde von den übrigen Stadtrat_innen jedoch am 24. Februar aus formalen Gründen abgelehnt. Die einvernehmliche Ablehnung der Pahl-Kandidatur ist ein Zeichen dafür, dass es den demokratischen Fraktionen im Stadtrat bislang gelingt, geschlossen gegenüber den Neonazis aufzutreten, wie es zwischen den Fraktionen informell vereinbart wurde.

Die bisher einzige direkte Reaktion auf Äußerungen der NPD-Abgeordneten gab es am 9. Dezember bei einem Antrag zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Klaus Ufer lehnte diesen „SPD-Multi-Kulti-Antrag“ in der Debatte ab, da sich durch die Bevorzugung von „Personen nichtdeutscher Herkunft“ bei der Besetzung von Verwaltungsstellen die Situation der Arbeitslosen weiter verschärfen werde und er gegen ein „New York an der Pleiße“ sei. Gegen diese Hetze sprach sich die Fraktionsvorsitzende der Linkspartei aus: Die Mitglieder der demokratischen Fraktionen seien Vertreter_innen der gesamten Bevölkerung und müssten sich der Probleme aller Menschen annehmen.

Neulich in Leipzig

Alltägliche Diskriminierung sichtbar machen

In der Rubrik „Neulich in Leipzig“ werden bei chronik.LE Vorfälle dokumentiert, die von Täter_innen wie auch Betroffenen oft nicht als diskriminierende Ereignisse wahrgenommen werden. Anonymisiert sollen damit Diskriminierungsformen erfasst werden, die mehr oder weniger alltäglich sind, also so oder so ähnlich an vielen Orten und zu jeder Zeit hätten stattfinden können. Die dokumentierten Ereignisse in der „Neulich in Leipzig“-Rubrik gehen über eine bloße Tatbeschreibung hinaus, vielmehr wird versucht, diskriminierende Einstellungsmuster in den Köpfen der handelnden Personen und in gesellschaftlichen Strukturen sichtbar zu machen. Die Einträge zeigen, dass nicht nur stumpfe Gewalt Ausdruck menschenverachtender Ideologie ist: Der dumme Spruch in der Diskothek, am Arbeitsplatz oder wo auch immer – das ignorante Verhalten oder das "eigentlich

dass es sich dabei um Neonazis mit einem rechten Weltbild handeln muss. Ebenso eindeutig sind neonazistische Sprüche an Hauswänden und Übergriffe auf nicht-rechte Jugendliche oder Menschen mit Migrationshintergrund.

Allerdings ist es der Anspruch von chronik.LE, neben Neonazi-Aktivitäten ebenso diskriminierende Ereignisse aus der „Mitte der Gesellschaft“ zu dokumentieren. „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ sind Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Heterophobie (Abwertung von Homosexuellen, Obdachlosen und Behinderten), Sexismus und Etabliertenvorrechte. Sie treten überall auf – sei es in der eigenen Familie, im

geschlossen oder sogar angegriffen. Diskriminierungen werden als solche oft nicht erkannt, weil die eigenen Vorurteile gegenüber Menschen nicht reflektiert oder Gesetzgebungen und institutionelle Praktiken als gegeben hingenommen werden. Menschen bemerken Diskriminierungen anderen gegenüber gar nicht – vor allem dann nicht, wenn sie selbst ihre Umwelt aus der Perspektive einer weißen, heterosexuellen, gut gebildeten, arbeitenden, „normal“ gewichtigen und gesunden Person heraus wahrnehmen. Wird Diskriminierung als solche nicht wahrgenommen, reproduzieren sich Muster menschenverachtender Einstellungen. Daher ist es das Ziel chronik.LEs, verbale und physische Abwertungen sichtbar zu machen und Menschen zu veranlassen, aufmerksam durch ihre Umwelt zu gehen und Diskriminierungen offenzulegen.

Seit der Einführung unserer Rubrik „Neulich in Leipzig“ zu Beginn dieses Jahres sind mehrere Fälle zusammengekommen. Sie stellen lediglich den Ausschnitt aus der (Leipziger) Realität dar, die täglich Situationen produziert, in denen Menschen Opfer von Diskriminierungen werden.

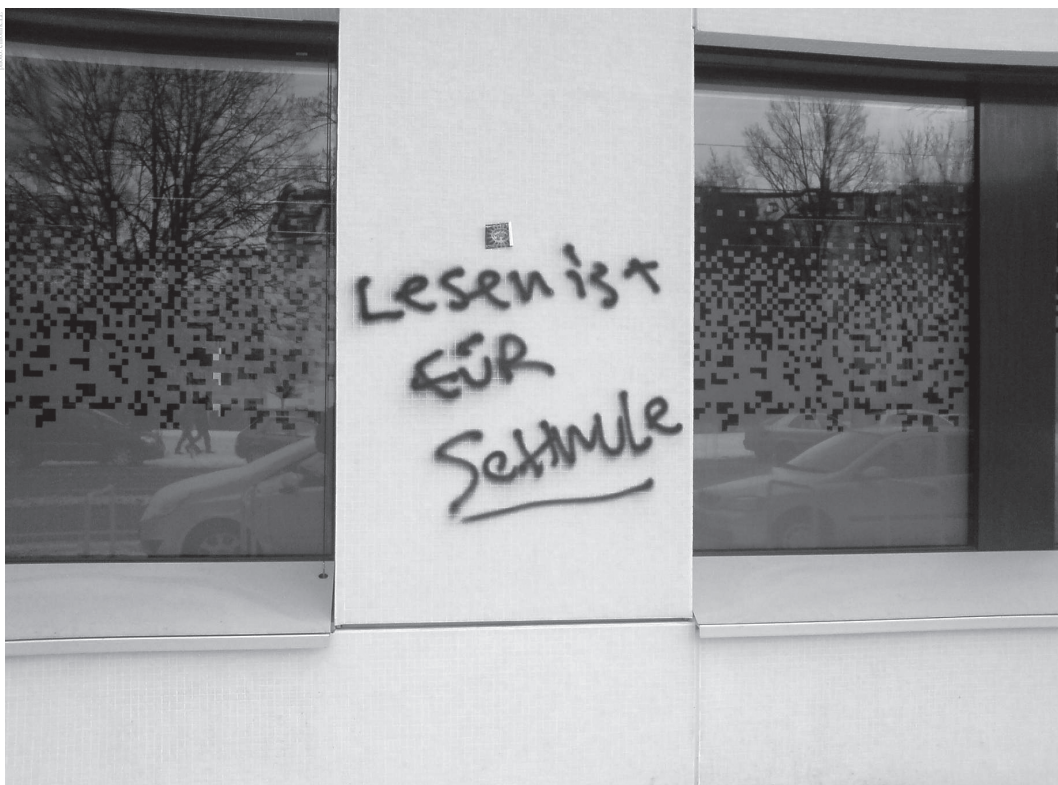
Drei von ihnen, die ausführlicher auf unserer Internetseite chronik.org festgehalten sind, wollen wir hier dokumentieren:

■ 2. März 2010: Homophober Spruch an HTWK-Bibliothek

Anfang Februar haben Unbekannte die Fassade der 2009 neu eröffneten Bibliothek der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) besprüht. Der Spruch „Lesen ist für Schwule“ wurde erst nach etwa einem

Monat, also Anfang März, mit weißer Farbe übertüncht.

Die Äußerung, die sich an die Bibliotheksbesucher_innen richtete, ist in zweifacher Hinsicht abwertend. Sie ist homophob, weil sie Männer angreift, die Männer lieben. „Schwulsein“ wird dabei ebenso mit Schwäche gleichgesetzt wie intellektuelle Tätigkeit. Dabei werden Vorurteile gegenüber Homosexuellen bedient, die darauf fußen, dass



Ein zunächst harmlos wirkender Spruch, der es aber in sich hat: Schwulenfeindlichkeit und Abwertung geistiger Arbeit

gut gemeinte" Handeln verdeutlichen, dass diskriminierende Denkweisen (beinahe) überall zu finden sind. Als solche müssen sie auch kritisiert werden.

Ein Großteil der in der Chronik dokumentierten Ereignisse gehen auf Aktionen von Neonazis zurück: Wenn zum Beispiel in Colditz junge Leute versuchen einen Döner-Imbiss niederzubrennen und dabei menschenverachtende Parolen rufen, ist relativ eindeutig,

Freund_innenkreis oder unter Mitarbeiter_innen einer Behörde, also auf individueller als auch institutioneller und struktureller Ebene. Aus Vorurteilen und Klischees können leicht Abwertungen entstehen. Aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft, sexuellen Vorlieben oder Religionszugehörigkeit werden einzelne Menschen oder Gruppen benachteiligt, aus-

homosexuelle Männer keine „echten“ Männer seien. Männlichkeit wird in diesem Fall mit Heterosexualität, Stärke und körperlicher Arbeit assoziiert. Angeblich typische männliche oder weibliche Eigenschaften sind jedoch soziale Konstrukte, die Menschen aufgrund ihres Geschlechts zugeschrieben werden und aus denen sich verschiedene Erwartungen ergeben. Werden diese Erwartungen nicht erfüllt, kann die Konsequenz Diskriminierung sein.

Außerdem werden Menschen abgewertet, die die Bibliothek als Lese- und Arbeitsort nutzen. Ihnen wird unterstellt, dass sie keine „ehrliche“ Arbeit leisten. Wissenschaftliche Arbeit (Recherche, Informationsaneignung u.ä.) wird demnach körperlicher Arbeit gegenüber abgewertet.

■ 7. Januar 2010: Brutaler „Ausländer“ mit „schwarzen Haaren“ und „polnischer Ladendieb“

Die Leipziger Volkszeitung (LVZ) kann es einfach nicht lassen: Wenn die Polizei in ihrer Presseinformation die (mutmaßliche) Nationalität eines Tatverdächtigen erwähnt, übernimmt die Lokalredaktion das in der Regel penibel. Auch dann, wenn dies nichts zum Verständnis des Vorfalls beiträgt und nicht hilfreich für die Fahndung nach Tatverdächtigen ist.

So etwa in einer Meldung vom 7. Januar 2010 über einen brutalen Raubüberfall in der Nacht von Montag zu Dienstag in der Innenstadt. Die beiden Täter haben ihrem Opfer, einer 39-jährigen Frau, mehrfach ins Gesicht geschlagen, sie getreten, ihr Ohringe, Kette, Handtasche und Jacke entrissen und sie schließlich verletzt liegengelassen. Einer der Täter, heißt es bei Polizei und LVZ, war ein „1,80 Meter großer Deutscher“, der andere ein „ebenso großer Ausländer“. Woran das Opfer dies erkannt hat – Aussehen, Sprache oder Personalausweis – wird nicht mitgeteilt. Stattdessen heißt es, der „Ausländer“ sei etwa 30 Jahre alt und habe „schwarze Haare in Form eines Igelschnitts“ (zum vermutlich deutschen Täter werden keine weiteren Informationen preisgegeben). Während dies konkrete Hinweise sind, hilft die vage Identifizierung als „Ausländer“ kaum bei der Suche nach dem Verbrecher, hätte also nicht erwähnt werden müssen.

In derselben Ausgabe der LVZ findet sich außerdem

ein Bericht über einen nicht ganz so gravierenden Vorfall: Am Dienstag haben die Angestellten eines Drogeriemarktes einen Mann dabei ertappt, wie er versuchte, zwei Cremedosen zu stehlen. Als sie ihn zur Rede stellten, beschimpfte er die beiden Frauen und flüchtete noch vor dem Eintreffen der Polizei. Die Besonderheit: Die Beschimpfungen wurden teilweise auf polnisch geäußert, was nach Ansicht der LVZ „den Kreis der Verdächtigen etwas einschränkte“. In der Polizeimeldung heißt es sogar, dass es sich aus diesem Grund „bei dem Dieb um einen Ausländer handeln muss“. Dem muss zwar nicht so sein (vielleicht stammt der Mann aus Polen, hat aber inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft – oder er mag nur polnische Flüche), trotzdem ist der Hinweis auf die Sprache zusammen mit der weiteren Personenbeschreibung (35–40 Jahre, 170 Meter groß und dicklich) in diesem Fall tatsächlich hilfreich für die Suche nach dem entwichenen Creme-Dieb. Ver-

wunderlich ist allerdings, dass die LVZ weitere Angaben aus der Polizeimeldung (kurze, braune Haare, schwarze Oberbekleidung und schwarze Hose, führte Tüte bei sich) weggelassen hat, obwohl diese möglicherweise auch zu seiner Identifizierung beitragen würden. Vermutlich fand der/die verantwortliche Redakteur_in es einfach amüsanter, das Klischee vom „klauenden Polen“ zu bedienen.

Die nicht-sachgerechte Verknüpfung von Kriminalität mit nicht-deutscher Herkunft fördert und festigt bestehende rassistische Vorurteile in der Bevölkerung über Migrant_innen. Der Pressekodex des Deutschen Presserates verlangt daher: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des

berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.“ (Richtlinie 12.1 des Pressekodex)

■ 16. Juli 2009: Sexistische Beleidigung

Während einer Veranstaltung in einem Jugendzentrum bezeichnete ein männlicher Besucher eine Besucherin gegenüber einer dritten Person als „geilen Fickschlitten“. Die Besucherin erfuhr kurz darauf von dieser Diskriminierung. Mit der verbalen Reduzierung ihrer Person auf ein Sexual-Objekt ging für die Betroffene die Androhung sexualisierter Gewalt einher.

Die Betroffene traute sich nicht, die Person direkt auf diese Diskriminierung anzusprechen. Auch fand sie keine_n Ansprechpartner_in dafür. Der Täter konnte ohne Sanktionen auf der Veranstaltung bleiben. Die betroffene Person musste mit dem Gefühl, herabgewürdigt worden zu sein, und der empfundenen Bedrohung allein klar kommen.

■ Meldet euch!

Fühlt euch ermutigt, ähnliche Ereignisse menschenfeindlicher Diskriminierung zu melden: bei den entsprechenden Antidiskriminierungs-Initiativen (siehe Kasten) und bei chronik.LE. Mit dem „Neulich in Leipzig“-Schlagwort steht ein Mittel zur Verfügung, solche Ereignisse anonymisiert zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung sensibilisiert Leser_innen für die Thematik und erhöht hoffentlich die Bereitschaft, in alltäglichen Situationen zu intervenieren, Opfer zu schützen und auch auf die Gefahr hin, der/die Spielverderber_in zu sein, Täter_innen entgegenzutreten, selbst wenn alles „gar nicht so gemeint“ war.

Hilfe bei Diskriminierung:

Antidiskriminierungsbüro e.V.

Kochstr. 14 / 04275 Leipzig

Tel: 0341 / 30 39 492

eMail: info@adb-sachsen.de

www.adb-sachsen.de

RAA Sachsen e.V. - Beratung für Opfer rechter und rassistischer Gewalt

Petersteinweg 7 / 04107 Leipzig

Tel: 0341 / 26 18 647

eMail: opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

www.raa-sachsen.de



„Ende der Freiheit“

In Leipzig und Umgebung sollen die „Freien Kräfte“ an die NPD gebunden werden

Im Nordwesten Sachsens strukturiert sich die aktive Neonazi-Szene neu. Deutlicher Ausdruck dafür ist die Gründung von vier Stützpunkten der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Delitzsch-Eilenburg, Torgau, Oschatz und Wurzen Ende November 2009. Die JN ist die Nachwuchsorganisation der neonazistischen Partei NPD. Der NPD-Vorsitzende in Nordsachsen, Maik Scheffler, ehemaliger Kameradschaftsführer und Initiator des „Freien Netzes“, möchte mit den JN-Stützpunkten junge Nazis an die NPD binden.

Organisierte Neonazis in Wurzen im Muldental

Delitzsch und Eilenburg waren bereits Zentren der „Freien Kräfte“ (FK), die sich über das Internetportal „Freies Netz“ organisierten. In Wurzen, das seit Anfang der 1990er Jahre als Neonazi- und NPD-Hochburg gilt, gelang es Scheffler und seinen Kameraden allerdings nicht, die breite Naziszene effektiv unter der FK-Struktur zu vereinigen. Die Gründung eines JN-Stützpunktes stellt daher den nächsten Versuch dar, die Muldentaler Szene zentral zu organisieren. Außerdem wählte der JN-Kader Wurzen für eine Kundgebung am 14. Februar 2010 aus, also einen Tag nach der Neonazi-Großdemo in Dresden.

Maik Scheffler: Bindeglied zwischen NPD und „Freien Kräften“

Die Annäherung der „Freien“ begann mit dem Eintritt des Delitzschers Maik Scheffler in die NPD und der Gründung des NPD-„Bürgerbüros“ im Herbst 2008 in Leipzig. Scheffler trat für die NPD bei sämtlichen Wahlen an und wurde im Juni 2009 in den Delitzscher Stadtrat gewählt. Seit Anfang Oktober desselben Jahres ist er auch Kreisvorsitzender der NPD in Nordsachsen sowie Mitglied des Landesvorstandes der NPD. Scheffler nimmt dabei die Rolle eines Bindegliedes zwischen der älteren Parteigeneration und den jüngeren „Freien Kräften“ ein. Gleichzeitig stärkt der Ausbau der Parteistrukturen in Nordsachsen die Position Schefflers in der NPD. Seinen

Aussagen zufolge will er aus der Region eine „zweite Sächsische Schweiz“ machen.

Eine der zentralen Figuren der jüngeren FK-Generation ist Tommy Naumann: Als Kopf der „Freien Kräfte Leipzig“ wurde er im April 2008 „Stützpunktleiter“ der JN Leipzig und wenig später, im November, JN-Chef von Sachsen. Inzwischen arbeitet Naumann für die Landtagsfraktion. Die „Freien Kräfte Leipzig“ gingen bereits damals im JN-Verband Leipzig auf. Nun lud Naumann zur Gründungsversammlung der vier neuen Stützpunkte ins NPD-Zentrum in der Leipziger Odermannstraße 8. Und der Ausbau der Strukturen soll weitergehen: Ein zusätzlicher JN-Stützpunkt sei in Borna geplant und in Geithain bei Borna soll demnächst ein weiteres NPD-„Bürgerbüro“ eröffnen. Derzeit treten die organisierten Nazis in Nordsachsen zudem vermehrt bei Protesten gegen Jugendhilfekürzungen auf, mal als „Freie Kräfte“, mal als JN: so am 1. März 2010 in Eilenburg als „Junge Nationaldemokraten“, am 18. Februar in Oschatz auch unter Beteiligung älterer NPD-Kader und zuletzt dann als „Freie Kräfte“ während einer Sitzung des nordsächsischen Kreisrats im Torgauer Schloss am 24. März dieses Jahres unter „spontaner Solidarisierung“ der NPD-Kreisräte Scheffler und Jens Gatter.



Maik Scheffler (links) und Tommy Naumann beim Neonazi-Aufmarsch in Leipzig am 12. Januar 2008

Modernes Labelmanagement

Seit der Gründung der JN-Stützpunkte in Nordsachsen und dem Muldental bemüht sich die organisierte Neonazi-Szene um den Nachweis eigener Aktionsfähigkeit. Wie auch die Internetpräsenz des „Aktionsbüros Nordsachsen“ beweist, werden die Trennlinien zwischen ehemals parteiunabhängigen „Freien Kräften“ und Partei-Nazis in NPD und JN zusehends aufgelöst. So ist das „Aktionsbüro Nordsachsen“ ein Teil des „Freien Netzes“, hat auf seiner Homepage jedoch auch eine eigene „Kategorie“ für die Jungen Nationaldemokraten, unter der „Aktionsberichte“ der neugegründeten JN-Stützpunkte verzeichnet sind.

Abhängig von der möglichen Außenwirkung und den Folgen bestimmter Aktionen stehen die geeinten Nachwuchs-Nazis entweder hinter ihren NPD-Führern oder erscheinen als „Freie Kräfte“, um dann die „spontane Solidarisierung“ ihres Vorturners Maik Scheffler zu genießen. Solange die organisierte Szene kein Problem damit hat, dass ihre Anführer inzwischen gut versorgt sind im Apparat der Partei und damit die Aktionen der „Freien“ nur noch Partei-Unabhängigkeit suggerieren sollen, solange wird die verbesserte Infrastruktur und Finanzausstattung der neonazistischen Basis dank der sächsischen NPD die Verankerung der Szene zumindest in den Jugendkulturen, im vorpolitischen Raum, eher begünstigen. Es droht die weitere Einbindung von politisch weniger aktiven, aber rechtsoffenen Jugendgruppierungen, und zwar in Gegenden, wo Neonazis sowieso schon großen Einfluss darauf haben, was auf den Straßen passiert.



Auf seiner Internetpräsenz gibt sich Maik Scheffler betont bürgerlich.

„Ich vermiete nicht an Türken“

Struktureller und institutioneller Rassismus in Leipzig

Die Stadt Leipzig will in diesem Jahr ein Integrationskonzept und ein Handlungskonzept gegen Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit verabschieden. Vorarbeiten für Letzteres haben die Vereine RAA Leipzig und Engagierte Wissenschaft im Rahmen des LAP-Projekts „Vielfalt im Blick“ geleistet. Ein darin formulierter Schwerpunkt ist die Bekämpfung von strukturellem und institutionellem Rassismus. Doch was ist das eigentlich und wie äußert sich diese Art der Diskriminierung in Leipzig?

■ Diskriminierende Gesetze und (nicht-)staatliche Institutionen

Es sind nicht nur einzelne Individuen oder kleine Gruppen, die andere Menschen aufgrund bestimmter Charakteristika und Zuschreibungen stigmatisieren und ausgrenzen. Weniger offensichtlich, aber nicht minder diskriminierend, wirken Deutungs- und Handlungsmuster, die in der Gesellschaft weit verbreitet und fest in ihre Strukturen eingebettet sind. Institutionelle Diskriminierung kann beispielsweise direkt in Form von Gesetzen (z.B. Asylrecht) oder indirekt durch spezifische Praktiken und Wertvorstellungen in der Arbeit bestimmter Institutionen (z.B. Ämter, Polizei, Justiz) wirksam werden. Dadurch kommt es zwangsläufig und ohne individuelle Absicht zu Ein- und Ausschlüssen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung greift daher zu kurz, wenn sie sich lediglich auf einzelne handelnde Akteure oder Gruppen wie beispielsweise Neonazis bezieht.

Das Antidiskriminierungsbüro e.V. (ADB) dokumentierte im Jahr 2008 64 Fälle von Diskriminierung in Leipzig, mehr als die Hälfte davon aufgrund rassistischer Zuschreibungen. In 31 Fällen ist es durch staatliche Stellen wie Behörden, Polizei und Justiz zu Diskriminierungen gekommen. Beispielhaft hierfür steht der Fall eines jungen Mannes, dem die Ausstellung eines Beratungshilfescheins beim Amtsgericht verweigert wurde. Obwohl er von seiner Rechtsanwältin alle nötigen Anga-

ben auch schriftlich dabei hatte, blieb die zuständige Mitarbeiterin bei der Aussage, dass es diesen Schein nur für Personen gäbe, die deutsch sprechen. Auch von nicht-staatlichen Stellen gehen häufig strukturelle Diskriminie-

Zusätzlich wirken Zugangsbeschränkungen zum Beamtenstatus sowie Einschränkungen beim Aufenthaltsrecht und bei der Arbeitserlaubnis. Eine Studie der Universität Leipzig aus dem Jahre 2007 stellte darüber hinaus in einzelnen Fällen rassistische und chauvinistische Ein-



Auch in Leipziger Behörden werden Menschen aus rassistischen Gründen diskriminiert.

rungen aus, vor allem in den Bereichen Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Bei der Wohnungssuche in Leipzig erfahren Bewerber_innen häufig aufgrund ihrer Herkunft Abweisungen. Beispielsweise wurde einem türkischen Studenten der Abschluss eines Mietvertrages verweigert. Gegenüber einer anderen Mietpartei erklärte der Vermieter, dass er nicht an Türken vermiete.

■ „Arbeit zuerst für Deutsche“?

Auf dem Arbeitsmarkt wirken vor allem die bewusst vom Gesetzgeber geschaffenen Zugangsbeschränkungen für nicht-deutsche Arbeitnehmer_innen. Die unter anderem (aber nicht nur) von Neonazis häufig geäußerte, populistische Forderung „Arbeit zuerst für Deutsche“, wonach Inländer bei der Arbeitsplatzvergabe zu bevorzugen seien, ist tatsächlich seit Jahrzehnten geltendes Recht.

stellungsmuster bei Leipziger Arbeitsvermittler_innen, Angestellten der Ausländerbehörde sowie Lehrer_innen fest. In Interviews hatten sie Migrant_innen unter anderem ganz unbefangen als „Schlitzaugen“, „MultiKulti“ oder auch „Exoten“ bezeichnet. Besonders schwerwiegend wirken solche Denkweisen deshalb, weil die sich derart äussernden Personen selbst wichtige Funktionen in der Stadtgesellschaft ausüben.

Was kann nun eine Stadt gegen solche Diskriminierungsformen tun? Als erster Schritt wäre eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung und Bewertung der Auswirkungen institutioneller und struktureller Diskriminierung in Leipzig sinnvoll. Darauf aufbauend müssen Maßnahmen der Aufklärung und Sensibilisierung an den entsprechend identifizierten Problemstellen – z.B. städtische Angestellte, (Berufs-)Schulen oder in der Polizeiausbildung – ansetzen und Beschwerdestellen für von Diskriminierung Betroffene gefördert werden. Ein Integrationskonzept und ein Leipziger Handlungskonzept gegen Neonazismus und Ideologien der Ungleichwertigkeit sollte hierzu konkrete Vorschläge unterbreiten. Wir sind gespannt.

Aus der Chronik

+++ 24.1. Am Sonntag treffen sich rund 20 hochrangige Neonazis aus ganz Sachsen im NPD-Büro in der Odermannstraße. Ziel ist die Gründung einer Schlägertruppe, die während des alljährlichen geschichtsrevisionistischen Aufmarsches am 13. Februar 2010 in Dresden für „Ordnung“ sorgen soll. +++ 25.1. Mehrere vermummte Männer lauern einem Jugendlichen in Großschocher vor seinem Wohnhaus auf und bedrohen ihn. +++ 27.1. Ein Mann mit Migrationshintergrund wird in der Leipziger Innenstadt von zwei Männern rassistisch beleidigt und verfolgt. Auf der Flucht verletzt sich der Angegriffene schwer. +++ 29.1. In Colditz werden vier junge Männer von mehreren vermummten Nazis verprügelt und verletzt. Die Polizei nimmt kurz darauf vier Tatverdächtige im Alter von 21 bis 53 Jahren fest. +++ 31.1. Das Linke-Büro in Lindenau wird zum fünften Mal in zehn Monaten Ziel eines Anschlags. +++ 6.2. In Eilenburg randalieren Neonazis in einem Jugendclub. +++ 13.2. 150 Neonazis marschieren im Leipziger Osten, nachdem ihr Aufmarsch in Dresden verhindert wurde. +++ 14.2. Am Sonntag nimmt eine kleine Gruppe von

Neonazis am Karnevalsumzug in der Leipziger Innenstadt teil. In der Folge veröffentlicht LVZ-Online kommentarlos Fotos des neonazistischen Transparents. +++ 15.2. Wieder eingeschlagene Scheiben beim Bürgerbüro der Linkspartei in Lindenau +++ 18.2. Mehrere Mitglieder der NPD und der JN mischen sich in Oschatz unter die Proteste von etwa 150 Jugendlichen gegen die von der Landesregierung beschlossenen Kürzungen der Mittel für Jugendarbeit in Sachsen. +++ 3.3. In Colditz wird wieder ein Dönerimbiss von Neonazis angegriffen. +++ 4.3. Nach einem Angriff auf Besucher_innen des AJZ Bunte Platte in Leipzig-Grünau vor drei Jahren werden am Amtsgericht zwei Leipziger Neonazis wegen Beihilfe zu gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Unter ihnen Istvan Repaczki, der 2009 als NPD-Kandidat für die Wahl zum Leipziger Stadtrat antrat. +++ 17.3. Im Leipziger Ortsteil Löbnitz marschieren ca. 50 Neonazis des Freien Netzes. Mit Parolen drohen sie der Leipziger Zivilgesellschaft und der Polizei mit Rache für den verhinderten Neona-

ziaufmarsch am 17.10.2009. +++ 25.3. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage wird in Bad Lausick eine junge Frau von Neonazis angegriffen. +++ 2.4. In Geithain randalieren Nazis in einem Jugendclub und sprühen Morddrohungen gegen die Besucher_innen. +++ 3.4. Der jüdische Friedhof in Delitzsch wird massiv geschändet. +++ 8.4. In Grimma randalieren Nazis, zerstören einen Imbiss und malen mit brennender Flüssigkeit Hakenkreuze auf die Straße. +++ 9.4. Etwa 30 Nazis marschieren mit Fakeln durch Schkeuditz. +++ 23.4. Etwa 15 Neonazis aus dem Umfeld der JN und Freie Kräfte stören eine Veranstaltung auf dem Augustusplatz, während der an den Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus erinnert wird. Sie versuchten auch Teilnehmer_innen anzugreifen. +++ 24.4. In Mügeln stören 50 Neonazis ein Fußballspiel des Vereins Roter Stern Leipzig mit rassistischen und antisemitischen Parolen. Das Spiel muss abgebrochen werden.

Weitere Vorfälle auf www.chronikLE.org

Demokratiewerkstatt: Demokratie – eine unendliche Geschichte?

Willy Brandt hat einmal gesagt: „Wir müssen mehr Demokratie wagen!“ Doch was hat Demokratie eigentlich mit unserem Alltag, mit unserem Leben zu tun? Welche Möglichkeiten bieten uns demokratische Entscheidungsregeln und Aushandlungsformen – gerade im täglichen Miteinander? Welche Probleme und Schwierigkeiten treten auf, wenn wir uns an demokratischen Prozessen beteiligen? Und wo gibt es Grenzen und Schranken, die demokratische Prozesse be- oder sogar verhindern? Wie können wir Demokratie in unseren unterschiedlichen Handlungsfeldern (Alltag, Vereinsaktivitäten, politisches Engagement, usw.) erleben, erweitern und gestalten?

Wir bieten mit unserer Demokratiewerkstatt einen Raum um genau diese Fragen gemeinsam anzugehen. In ihr möchten wir das spannungsreiche Feld der Möglichkeiten und Schwierigkeiten demokratischen Lebens diskutieren und darüber Erfahrungen austauschen.

In einer offenen und respektvollen Atmosphäre wollen wir debattieren und in praktischen Übungen demokratische Prozesse erfahren. Auf Grundlage dessen möchten wir eigenen (nicht-)demokratischen Verhaltensweisen auf die Spur kommen. Wir möchten als nächsten Schritt Lösungen suchen, wie Demokratie unseren Alltag und unser Engagement bereichern kann, z.B. dadurch, Entscheidungsprozesse bewusst zu machen, demokratische Prinzipien zu erleben und auszuprobieren.



THEMEN DER WERKSTATT:

- › Demokratie zwischen Konsens und Konflikt
- › Demokratie als offener Prozess
- › Entscheidungsprozess Demokratie
- › Wie ist größtmögliche Freiheit für alle lebbar?
- › Demokratie zwischen unserem konventionellen Politikverständnis (als Regierung, Parlament, Parteien) und unserem Alltagshandeln
- › Demokratie aushalten vs. aushandeln?
- › Demokratischer Umgang mit Nicht-Demokrat_innen

DEMOKRATIE ALS LEBENSFORM?

Wir sind auf Ihre/Eure Antworten und den Diskussionsprozess darüber gespannt!

STADTJUGENDRING LEIPZIG

DRESDNER STRASSE 82

12. JUNI 2010, 10.30 - 17.00 UHR

INFOS UND ANMELDUNG:

demokratie@engagiertewissenschaft.de
www.engagiertewissenschaft.de/demokratie

ZIELGRUPPE:

Engagierte Bürger_innen in Vereinen, Initiativen und Institutionen

Ein Projekt von Engagierte Wissenschaft e.V.
In Zusammenarbeit mit dem Stadtjugendring Leipzig e.V.